

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

16. WP - 67. Sitzung

am Donnerstag, dem 30. April 2009, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Vorsitzende

Ursula Sassen (CDU)

Heike Franzen (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

i. V. von Peter Eichstädt

Jürgen Weber (SPD)

i. V. von Jutta Schümann

Günther Hildebrand (FDP)

i. V. von Dr. Heiner Garg

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Hans Müller (SPD)

Fehlende Abgeordnete

Niclas Herbst (CDU)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Seite

Anhörung

4

Frauenpolitik in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 16/1829 (neu)

Die Vorsitzende, Abg. Tenor-Alschausky, eröffnet die Sitzung um 10:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Anhörung
Frauenpolitik in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 16/1829 (neu)

(überwiesen am 28. Februar 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/2929, 16/2943, 16/2947, 16/2948, 16/2952, 16/3064, 16/3069, 16/3114, 16/3137, 16/3138, 16/3139, 16/3140, 16/3141, 16/3157, 16/3158, 16/3159, 16/3160, 16/3161, 16/3162, 16/3174, 16/3177, 16/3178, 16/3179, 16/3180, 16/3516, 16/3877

Deutscher Gewerkschaftsbund

Thema: Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern

hierzu: Umdrucke 16/3158, 16/4236

Frau Straka und Frau Kammer geben einen Überblick über das Thema Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern anhand eines PowerPoint-Vortrags (siehe Umdruck 16/4236).

Abg. Tengler spricht das Thema Kinder an und vertritt die Ansicht, hier bestehe eine enge Verbindung mit der Art der Berufstätigkeit von Frauen. Sie stellt fest, auch Männer seien, wenn sie fünf Jahre ihren Beruf nicht ausübten, in der gleichen Situation wie Frauen. Teilzeitberufstätigkeit sei eine freiwillige Entscheidung. Sie plädiert dafür, Menschen die Freiheit für eine solche Entscheidung zu lassen.

Sie geht auf die Aussage ein, dass Frauen im Bankbereich weniger verdienen als Männer, und möchte erstens wissen, ob sich diese Aussage auf die gleichen Tätigkeiten beziehen. Zweitens fragt sie, ob bekannt sei, dass selbstständig tätige Frauen kein Recht auf Mutterschutz hätten und ob die Notwendigkeit gesehen werde, hier tätig zu werden. Drittens möchte sie

wissen, was Tarifparteien für Equal Pay tun könnten. Viertens spricht sie beispielhaft Frauen an, die ganztätig arbeiten wollten, für die dafür allerdings Voraussetzung sei, beispielsweise aus dem Schichtbetrieb herausgelöst zu werden. Dies scheitere meist daran, dass sich die Kollegenschaft damit nicht einverstanden erkläre.

Abg. Baasch vertritt die Auffassung, dass Teilzeitarbeit auch von der Möglichkeit einer Kinderbetreuung abhängig sei. Des Weiteren fragt er, ob es auch in Schleswig-Holstein Tarifabschlüsse im Niedriglohnssektor gebe, und wenn ja, in welchen Branchen.

Frau Kammer legt dar, im Bankengewerbe gelte Tariflohn. Wenn es sich eindeutig um gleiche Tätigkeiten handle, gebe es kein Problem mit der Entgeltgleichheit. Ob allerdings ein Vertrag so ausgestaltet sei, dass gleichwertige Tätigkeit gleich bewerte, sei ein anderes Problem.

Zum Thema Mutterschutz im selbständigen Bereich könne sie keine Aussagen treffen.

Sie weist darauf hin, dass Tarife nach einer EU-Richtlinie diskriminierungsfrei sein müssten. Dies durchzusetzen sei allerdings schwierig. Arbeitgeber legten Wert darauf, dass dies kostenneutral umgesetzt werde. Dies bedeute beispielsweise, dass, wenn einige Tarife nach oben gingen, andere nach unten gehen müssten.

Zu Abg. Baasch gerichtet trägt sie vor, dass es bundesweite Tarife zu einem Stundenlohn von 3,80 € durchaus gebe, und zwar insbesondere im klassisch nicht organisierten Bereich. Für Schleswig-Holstein sei ihr derzeit kein Bereich bekannt, in dem es so etwas gebe.

Frau Straka ergänzt, dass der Besoldungsunterschied auch durch geleistete Berufsjahre bedingt sei. Sei etwa die berufliche Erfahrung nicht vorhanden, werde nicht hochgestuft.

Zu dem von Abg. Tengler gewählten Beispiel führt sie aus, dass es sich insbesondere beim Schichtbetrieb um eine Aufgabe für alle handle, das Thema Vereinbarkeit auch vor Ort zu leben. Sie plädiert dafür, Sozialpartnern mehr Spielräume zu geben, Modellprojekte zu entwickeln.

Das Ergebnis von Tarifverhandlungen hänge maßgeblich ab mit der Zusammensetzung der Tarifkommission. Gerade auf Arbeitgeberseite seien wenig Frauen vorhanden, die dieses Thema selbstbewusst in die Verhandlungen einbrächten. Hier gebe es noch Entwicklungspotenzial.

Frauennetzwerk zur Arbeitssituation Schleswig-Holstein

Thema: Innovative Erwerbsformen von Frauen

hierzu: Umdrucke 16/3141, 16/4235

Frau Dr. Kaiser trägt anhand eines PowerPoint-Vortrags (siehe Umdruck 16/4235) zum Thema innovative Erwerbsformen von Frauen vor.

Abg. Tengler fragt, wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer insgesamt betreut worden seien und aktuell betreut würden.

Frau Dr. Kaiser legt dar, aktuell seien in den Projekten - ausgenommen die Beratungen - 60 Personen. Das Projekt Perspektive Wiedereinstieg sei gerade angeschoben worden. Hier befinde man sich noch im Aufbau. Im Laufe des Jahres würden zwischen 60 und 100 weitere Plätze geschaffen werden. Seit 2005 könne man von etwa 2.000 bis 3.000 Projektteilnehmerinnen aus gehen.

Abg. Redmann stellt eine Nachfrage zu dem geplanten Übungsgasthaus. Frau Dr. Kaiser legt dar, dass es dazu bereits Pläne gebe, aber noch keine Festlegung.

Abg. Baasch fragt, ob die Umstellung im Bereich der Arbeitsmarktförderung in Schleswig-Holstein konkrete Auswirkungen gehabt habe. Frau Dr. Kaiser antwortet, je konkreter Projekte auf bestimmte Zielpersonen ausgerichtet seien, umso erfolgreicher könnten sie gestaltet werden. Grundsätzlich sei es gut und wichtig, teilnehmerbezogen zu arbeiten; hilfreich wäre es sicherlich auch, an eine Projektförderung zu denken.

(Unterbrechung: 11:27 bis 11:42 Uhr)

Bundesverband der privaten Anbieter sozialer Dienste e.V.**LAG der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein e.V.**

Thema: Lohngefüge in der Pflege

Herr Popall vom Bundesverband der privaten Anbieter sozialer Dienste e.V. legt dar, dass es im Bereich der Vergütung keine Benachteiligung von Frauen gebe, und zwar weder systematisch noch geplant noch in der Realität. Er kritisiert sodann die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage in dem Bereich, als unter den frauenspezifischen Berufen der Pflege-

berufe keine Berücksichtigung fänden. Allein in dem Altenpflegebereich gebe es mit Stand Dezember 2007 über 35.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon seien rund 85 % Frauen. Insofern handele es sich durchaus um einen frauentypischen Beruf. Auch die Leitungsfunktionen seien in der Regel mit Frauen besetzt. Insofern gebe es hier eine Reihe von Aufstiegschancen für Frauen. Allerdings müsse er sagen, dass es ein Ungleichgewicht im Funktionsbereich gebe.

Ob der Pflegebereich besonders geeignet sei, geschlechtsspezifische Nachteile auszugleichen, könne er nicht sagen. Aber gerade im ambulanten Bereich gebe es viele Möglichkeiten, die individuellen Bedürfnisse von Frauen an die Auftragslage anzupassen.

Herr Faltermann von der LAG der freien Wohlfahrtsverbände berichtet, seine Organisation decke überwiegend den Bereich der Pflege in öffentlichen Trägerschaften ab. Er führt aus, eine geschlechtsspezifische Differenzierung gebe es auch deshalb nicht, weil man sich im tarifgebundenen Bereich bewege.

Der Pflegeberuf sei überwiegend mit Frauen besetzt. Auch die meisten Leitungsfunktionen in der Pflege seien in weiblicher Hand. Das führe dazu, dass die Vergütung auf unterschiedlichen Funktionen von denen der männlichen Mitarbeiter in der Regel positiv abweiche.

Zum Thema berufsbildabhängige Kriterien führt er aus, dass der Pflegebereich als solcher ein Bereich sei, der relativ schlecht bezahlt werde und auch kein sehr hohes soziales Ansehen genieße. Während in anderen Bereichen in der freien Wirtschaft Gehaltsanpassungen nach oben stattgefunden hätten, sei im Pflegebereich eher eine gegenteilige Tendenz festzustellen. Die Verhandlungen mit den Pflegekassen gestalteten sich schwierig.

Herr Sachs von der LAG der freien Wohlfahrtsverbände ergänzt, dass es Ungleichheiten in bestimmten Regionen gebe. So werde etwa in der Gegend um Hamburg herum wesentlich mehr bezahlt als in Nordfriesland.

Abg. Tengler möchte wissen, wie die Bedürfnisse beispielsweise junger Mütter berücksichtigt würden, die im Schichtbetrieb arbeiteten.

Herr Falterbaum antwortet, der Schichtbetrieb sei ein Problem, aber auch eine Chance. Er bedeute nämlich auch Flexibilität. Zu bedenken sei auch, dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in der Pflege relativ hoch sei. Das habe eine Reihe von Folgen, auch diejenige, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf prinzipiell erhöht werde. Er biete aber auch Freiräume.

Generell finde Rücksichtnahme statt. Diese habe aber dort ihre Grenzen, wo die Freiheit anderer begrenzt werde.

Herr Popall fügt hinzu, Pflegebetriebe seien klassisch kleinere und mittlere Betriebe und stießen auch an ökonomische Grenzen.

Abg. Baasch möchte wissen, ob Betriebe bekannt seien, die von der Einführung eines Mindestlohns profitierten. Er fragt ferner nach einem Unterschied zwischen examinierten und anderen Pflegekräften. Außerdem bestätigt er die Bemerkung von Herrn Popall, dass der Bereich der Pflegekräfte in der Antwort der Landesregierung nicht enthalten sei.

Herr Popall schildert, in Schleswig-Holstein seien rund 65 % der Pflege privatgewerblich organisiert. Diese seien in der Regel nicht tariflich gebunden, sodass davon auszugehen sei, dass 35 % in Schleswig-Holstein tarifgebunden und 65 % nicht tarifgebunden seien. In diesem Zusammenhang weist er auf die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich möglicher Erhöhungen der Bruttolohnsummen hin.

Herr Falterbaum legt dar, die Vergütungshöhe hänge zusammen mit den Entgelten, aber auch mit der Attraktivität des Berufsbildes. Es sei beispielsweise schwierig, examinierte Fachkräfte zu gewinnen. Die Nachfrage danach werde aber steigen. Folge werde sein, dass man in höherer Zahl auf Pflegehilfskräfte zurückgreifen müsse. Eine Differenzierung bei der Vergütung bei examinierten und nicht examinierten Kräften sei durchaus die Regel.

Auf eine Nachfrage der Abg. Spoorendonk zum Thema individuelles Blistern macht Herr Popall deutlich, dass es sich dabei nicht um eine Diskriminierung des Pflegeberufsstandes handele. Vielmehr sei die verantwortliche und fachgerechte Verpackung eine Aufgabe des Apothekers, nicht nur der Pflegekräfte oder des Arztes. Dieser trage gesetzlich die Verantwortung. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels werde sowieso zunehmend darüber nachgedacht werden müssen, für welche Tätigkeiten Pflegefachkräfte eingesetzt würden.

Auch Abg. Franzen geht auf den Mindestlohn ein und fragt nach Konsequenzen in Bezug auf den bei den Kassen zur Verfügung stehenden Mitteln.

Herr Popall legt dar, dass in dieser Woche die Kommission tagen werde und erste Überlegungen über Art, Form und Höhe der Vergütung angestellt würden. Solange der Mindestlohn den realen Bedingungen entspreche, werde sich dieser realisieren lassen. Die Forderungen lägen

aber um ein Drittel höher. Problematisch sei, dass die Refinanzierungen der Mindestlöhne durch die Politik nicht sichergestellt sei.

Herr Falterbaum geht auf Fragen des Abg. Baasch hinsichtlich der Arbeitsbedingungen ein. Er legt dar, dass sehr viel Wert auf Aus- und Fortbildung gelegt werde, auch darauf, dass examinierte Kräfte beschäftigt würden. Die in der Regel geringere Verweildauer von Menschen in der Pflege hänge sicherlich mit den Arbeitsbedingungen zusammen. Diese allerdings müssten sich an dem orientieren, was finanziert werden könne. Arbeitsabläufe müssten so gestaltet werden, dass die Finanzierung dafür ausreichend sei. Das sei die gegenwärtige Situation, in der man sich zurechtfinden und behaupten müsse.

Herr Popall ergänzt, dass die tarifgebundenen Einrichtungen in der Regel teurer seien als private Einrichtungen. Für ein großes Problem halte er den kompletten Bereich der ambulanten Versorgung.

LandFrauenVerband Schleswig-Holstein

Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord

Thema: Arbeitssituation von Frauen im ländlichen Raum

Frau Trede vom LandFrauenVerband Schleswig-Holstein gibt einen Überblick über die Arbeitssituation Frauen im ländlichen Raum aus der Sicht des LandFrauenVerbandes (siehe Umdruck 16/4248).

Frau Sonneborn von der Agentur für Arbeit gibt anhand eines PowerPoint-Vortrages (Umdruck 16/4237) ebenfalls einen Ausblick über die Arbeitssituation von Frauen im ländlichen Raum.

Abg. Tengler geht auf die Forderung von Frau Trede ein, mehr qualitätssichere Arbeitsplätze für Frauen im ländlichen Raum zu schaffen. Sie führt dazu aus, dass sich diese Forderung nicht an die Politik, sondern an die Wirtschaft richten müsse.

Sie geht ferner auf die Aussage von Frau Sonneborn ein, wonach die derzeitige Wirtschaftskrise überwiegend eine männliche Krise sei. Sie fragt nach Vergleichszahlen hinsichtlich der Quote der Arbeitssuchenden. Frau Sonneborn teilt mit, dass sie diese Quote derzeit nicht griffbereit habe, sie aber bereit sei, sie nachzuliefern.

Abg. Baasch fragt nach gezielten Hilfen durch die Agentur für Arbeit hinsichtlich der Mobilität. Frau Sonneborn legt dar, dass es sie gebe und auch immer gegeben habe. Diesbezüglich verweist sie auf das Vermittlungsbudget. Dahinter stecke die Idee, dass der einzelne Arbeitsvermittler das Budget so nutzen könne, wie es am gewinnbringendsten sei.

Abg. Sassen geht auf die Äußerung von Frau Sonneborn ein, dass Frauen in Bezug auf Kurzarbeit günstiger dastünden als Männer. Sie fragt, ob dies möglicherweise damit zu tun haben könne, dass Frauen ohnehin häufiger Teilzeitarbeitsverhältnisse eingingen.

Frau Sonneborn meint, dass dies möglicherweise damit zu tun habe. Zu beachten sei aber, dass die Bereiche, in denen Kurzarbeit bestehe oder angemeldet seien, klassische männerdominierende Bereiche seien. In den Bereichen, in denen Frauen traditionell seltener verwurzelt seien, werde keine Kurzarbeit angemeldet.

Frau Trede geht auf eine Bemerkung der Abg. Tengler ein und merkt an, ihr sei durchaus bewusst, dass nicht die Politik, sondern die Wirtschaft Arbeitsplätze schaffe. Allerdings müssten Voraussetzungen geschaffen sein. Beispielhaft nennt sie die Anbindung an das Breitbandkabelnetz im ländlichen Raum.

Abg. Spoorendonk erkundigt sich nach lokalen Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die Vorsitzende fragt nach Kooperationen des LandFrauenVerbandes.

Frau Trede legt dar, dass eine Kooperation in der Vergangenheit mit verschiedensten Ministerien durchgeführt worden seien. Im Übrigen bediene man sich häufiger auch externer Referenten.

Die Vorsitzende, Abg. Tenor-Alschausky, schließt die Sitzung um 13 Uhr.

gez. Siegrid Tenor-Alschausky

Vorsitzende

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin